

„Hier sind die Menschen gewalttätiger“

Der chilenische Innenminister Sergio Onofre Jarpa Reyes über das Pinochet-Regime

SPIEGEL: Wirtschaftliche und politische Schwierigkeiten haben das chilenische Militärregime gezwungen, einen Dialog mit der Opposition zu suchen. Sie selbst haben diese sogenannte Öffnungspolitik befürwortet. Nach den gewalttätigen Konflikten der letzten Tage hat die Opposition aber das Gespräch abgebrochen. Was nun, Herr Minister?

JARPA: Innerhalb der verfassungsmäßigen Normen schreiten wir auf dem Weg in Richtung auf ein stabiles demokratisches System voran. Dies alles war schon im Gange, bevor die derzeitigen Probleme auftauchten. Politische Theoretiker sagen, daß man während einer Wirtschaftskrise keine politische Öffnung wagen sollte. Wir aber haben trotz der wirtschaftlichen Schwierigkeiten unsere Öffnung vorangetrieben.

SPIEGEL: Wie wird denn diese Öffnung aussehen?

JARPA: Das erste Dokument, das Parteiengesetz, wurde schon dem Staatsrat vorgelegt. Das zweite wird das Wahlgesetz sein. Danach müssen die Gesetze zur Bildung des Kongresses und zur Vorbereitung von Parlamentswahlen ausgearbeitet werden. All dies wird unter Mitarbeit jener politischen Kräfte geschehen, die sich daran beteiligen möchten.

SPIEGEL: Wann genau soll denn dieser Demokratisierungsprozeß beginnen?

JARPA: Noch nicht. Aber laut Verfassung müßte der Kongreß 1990 gewählt werden. Jetzt denken wir daran, dies schon viel früher zu tun, auch wenn wir dafür durch ein Plebiszit die Verfassung ändern müssen.

SPIEGEL: Heißt „viel früher“ nun „bald“? Was haben Sie denn gegen die Forderung, schon jetzt zu wählen?

JARPA: Die Opposition will nichts sofort. Ich habe mich mit ihren Wortführern getroffen, und die wissen, daß sie Zeit brauchen, um Parteien und Wahlgregister aufzubauen. Ich hatte nichts dagegen, die Termine vorzuziehen, weil ich kein Problem in der Wahl eines Kongresses sehe.

SPIEGEL: Das Militärregime hatte zehn Jahre lang Zeit, um das Land in seinem Sinne zu ordnen. Jetzt fordert es noch mehr Zeit...

JARPA: Wir leben hier doch schon unter einer Verfassung, die vom Volk mit einer Mehrheit von 67 Prozent der Stimmen im wichtigsten Plebiszit in der Geschichte Chiles angenommen wurde.

SPIEGEL: Dieses Plebiszit und diese Verfassung sind aber sehr umstritten.

JARPA: Die Leute, die damals diese Wahl verloren haben, die aufriefen, dagegen zu stimmen und weniger als 30 Prozent der Stimmen bekamen – die müssen das alles natürlich schlecht finden.

SPIEGEL: In Spanien, Portugal oder Griechenland etablierte sich die Demokratie sehr schnell nach dem Sturz autoritärer Regime, und sogar Ihre Nachbarn, die Argentinier und die Brasilianer, dürfen demnächst wählen – auch den Präsidenten. Glauben Sie, daß Chile so rückständig ist, daß Sie hier kein echtes demokratisches Experiment wagen können? Ist in Ihrem Land die

fassungsmäßig vorgesehenen Termin wechselt, rückständig ist? Warum sollten wir den Präsidenten wechseln, wenn die Termine zur Wahl eines neuen Präsidenten in der Verfassung festgelegt sind?

SPIEGEL: Zehn Jahre sind eine lange Zeit. Und wir haben den Eindruck, daß die Mehrheit des chilenischen Volkes einen Wechsel im höchsten Amt Ihrer Regierung wünscht.

JARPA: Sie werden wählen dürfen, wenn die Termine ablaufen. Bei uns ist es nicht üblich, daß Präsidenten zurücktreten.

SPIEGEL: Diese Diskussion von „Dialog“ und „Öffnung“ fing doch



Jarpa (M.) beim SPIEGEL-Gespräch: „Alle Europäer mischen sich ein“

Person des Präsidenten Pinochet, der selber erklärt hat, er wolle noch bis 1989 bleiben, sakrosankt?

JARPA: Sie sagen, daß Chile ein rückständiges Land ist. Diese Bezeichnung haben Sie erfunden, und ich weise sie strikt zurück. Ich glaube, wir reden hier unter Gentlemen, und ich lasse keine beleidigenden Ausdrücke für mein Land zu. Also entweder nehmen Sie das zurück, oder wir reden nicht weiter.

SPIEGEL: Also gut, nehmen wir das Wort zurück. Wir wollen jedenfalls wissen, ob Ihr Begriff von Demokratie auch die Ablösung des Präsidenten vorsieht.

JARPA: Sie glauben also, daß ein Land, das seinen Präsidenten zum ver-

ohnein nur an, als die Wirtschaftspolitik des Regimes das Land an den Rand des Bankrotts geführt hatte. Diese Politik hat aus Chile eines der am höchsten verschuldeten Länder der Welt gemacht. Verantwortlich für die Krise sind die akademisch geschulten Monetaristen, die sogenannten Chicago Boys. Sie selber haben gesagt, daß die Wirtschaftspolitik Chiles nicht mehr durch ausländische Universitäten diktiert werden würde. Was für Alternativen gibt es?

JARPA: Von einer eher passiven Rolle ist die Regierung zu einer aktiveren übergegangen, mit Entwicklungsplänen zur Arbeitsbeschaffung. Es gibt einen Sonderplan für öffentliche Bauten, einen Plan zur Entwicklung des Bergbaus.

* Mit Redakteuren Walter Tauber und Siegfried Kogelfranz.

SPIEGEL-Bücher: Präzise Informationen zu Themen der Zeit.



George Orwell ist der Mann des Jahres 1984. Viele seiner Schreckensvisionen von einer menschenverachtenden, totalitären Welt sind schon Wirklichkeit geworden – termingerecht. Das Auge des Großen Bruders ist installiert. Verwandelt

sich die parlamentarische Demokratie allmählich in einen elektronischen Überwachungsstaat?

SPIEGEL-Bücher erscheinen bei Rowohlt. Sie sind überall im Buchhandel erhältlich.

SPIEGEL-BUCH

SPIEGEL: Entgegen der bisher geltenden These weitet der Staat also seine Rolle in der Wirtschaft aus?

JARPA: Auch wenn im Ausland Chile als ein Land mit sehr liberaler Wirtschaftspolitik dargestellt wurde, hielt doch der Staat die Produktion von Kupfer, Eisen, Stahl, Erdöl, Elektrizität und Kohle in seinen Händen – die wichtigsten Produktionszweige also. Auch intervenierte der Staat stets in der Festlegung des Dollarkurses und in der Exportwirtschaft.

SPIEGEL: Sie meinen also, daß Chiles neoliberaler Kurs falsch war?

JARPA: Schauen Sie, ich glaube, man hätte die Außenverschuldung der privaten Banken und Betriebe besser kontrollieren können. Die öffentliche Verschuldung wurde ja perfekt gehandhabt und unter Kontrolle gehalten. Wenn die Preise der chilenischen Produkte gehalten hätten, dann gäbe es gar keine Krise. Wenn Kupfer einen normalen Preis hätte – etwa 1,40 Dollar pro Pfund –, dann hätten wir keine Wirtschaftskrise.

SPIEGEL: Auch andere Länder klagen über die tiefen Rohstoffpreise. Das wirkliche Problem Chiles ist aber die Zerstörung der Industrie durch die ökonomischen Ideologen in den Ministerien und Banken.

JARPA: Während vieler Jahre wurden die chilenischen Industriellen durch hohe Zölle und einen besonderen Dollarkurs für die Einfuhr von Rohstoffen geschützt. Viele Leute machten viel Geld mit diesem System, doch das Volk profitierte nicht davon, wegen der hohen Preise und der niedrigen Qualität der Produkte. So wurden die Zölle gesenkt, um die Industrie zum Wettbewerb zu zwingen.

SPIEGEL: Aber so ging die Industrie bankrott, und darunter litt eben die Mehrheit des Volkes, das einen drastischen Rückgang seines Lebensstandards hinnehmen mußte. Dies ist doch der Hauptgrund für die „nationalen Protesttage“ und dafür, daß – wie uns Gewerkschaftsführer Rodolfo Seguel sagte – „90 Prozent der Bevölkerung die Opposition unterstützen“. Sogar Präsident Pinochet gab zu, daß vielleicht die Hälfte der Bevölkerung gegen seine Regierung sei. Wieviel Chilenen glaubt der Innenminister zur Opposition zählen zu müssen?

JARPA: Wenn wir die Sache vom Wirtschaftsmodell aus definieren, dann glaube ich, daß die Mehrheit der Bevölkerung dagegen ist. In Lateinamerika hält man die Regierung stets für eine patriarchalische Macht, die im Falle einer Krise alle Probleme lösen muß. Also sind die Leute bei einer Wirtschaftskrise gegen die Regierung. Wenn wir aber das rein politische Konzept betrachten und die Chilenen fragen, ob sie diese Regierung behalten oder zu dem zurückkehren wollen, was sie vorher hatten, dann versichere ich Ihnen, daß die Mehrheit bei dieser Regierung bleibt.

SPIEGEL: Wir haben viele Chilenen gefragt, und wir versichern Ihnen, daß die meisten gesagt haben, daß das erste, was zu tun sei, der Wechsel des Präsidenten sei.

JARPA: Wissen Sie, ich kann Sie auch zu einem Treffen einladen, wo man Ihnen sagen wird, daß ein Wechsel des Präsidenten das einzige sei, was man nicht tun dürfe. Das hängt davon ab, mit wem Sie reden.

SPIEGEL: Wir haben mit vielen Leuten aus allen sozialen Schichten gesprochen, und zudem sieht man ja in den Demonstrationen den Wunsch nach Wechsel.

JARPA: Ich habe aber andere Demonstrationen gesehen, wie die vom 9. September, wo alle für den Präsidenten waren. Sie werden mich nicht überzeugen, und ich werde Sie nicht überzeugen. Aber ich kenne Chile etwas besser als Sie. Und ich würde nicht so einseitig über Ihr Land urteilen, wie Sie über Chile.

SPIEGEL: Dies ist aber etwas, was jeder sehen kann, genauso, wie jeder die Polizei sieht, die die Opposition brutal unterdrückt, vor allem in den „poblaciones“, den armen Außenbezirken Santiagos. Die Carabineros gebrauchen ihre Schußwaffen nach Belieben. Geschieht dies mit der Billigung des Innenministers?

JARPA: Glauben Sie, daß die Regierung ein Interesse daran hat, Zwischenfälle zu provozieren? Die werden von anderen verursacht. Die Carabineros handeln, um die Bürgerrechte zu verteidigen. Denn in den Poblaciones werden die Anhänger der Regierung verfolgt.

SPIEGEL: Wenn die Polizei sich nicht einmisch, passiert dort nichts. Dann fließt auch kein Blut.

JARPA: Sie meinen also, daß es ohne Polizei keine Gewalt gäbe? Ich habe den Führern der Demokratischen Allianz, die zum Protest aufgerufen haben, angeboten, sie sollten die Verantwortung übernehmen für das, was in den Poblaciones geschieht. Ich würde die Polizei zurückziehen. Die haben aber öffentlich erklärt, daß die Regierung sich nicht ihrer Aufgabe entziehen könne, die öffentliche Ordnung zu wahren.

SPIEGEL: Ordnung wahren ist eine Sache, aber im Namen von Ordnung zum Angriff überzugehen und so wie einige Einheiten Ihrer Carabineros gewisse Poblaciones anzugreifen...

JARPA: Die greifen doch die Poblaciones nicht an. Sie greifen jene an, die Unruhe verursachen, die den Verkehr stören, die Autos mit Steinen bewerfen.

SPIEGEL: Sie reißen auch Menschen aus ihren Häusern, schlagen sie mitten auf der Straße zusammen. Es scheint, sie wollten Angst verbreiten, nicht Ordnung wahren.

JARPA: Ich habe so etwas nirgendwo gesehen. Haben Sie es gesehen?

SPIEGEL: Ja. Wir haben zum Beispiel ein Haus besucht, in das die Polizei

Develop

Hat Ihr Kopierer mehr als 2 Knöpfe und 2 Kontroll-Leuchten?

Warum eigentlich?

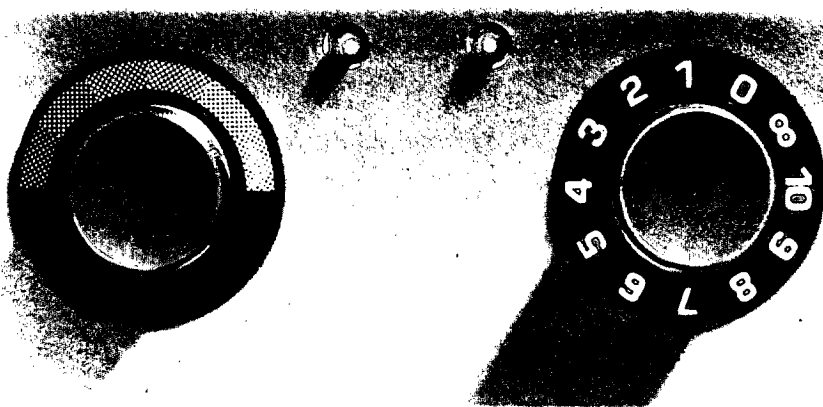
Develop 20. Der einfachste und kleinste Normalkopierer am Arbeitsplatz.

Komplett in Deutschland entwickelt und produziert.
Überall beim guten Fachhandel.

Ausführliche Informationen von
Develop, Dieselstraße 8, 7016 Gerlingen 1
Telefon (07156) 308-0, Telex 7-245215 delo

Österreich: BCS, 1150 Wien, Matthias Schönerergasse 11,
Telefon 922608

Schweiz: Fritz Schumacher AG, 8038 Zürich, Frohalpstrasse 27,
Telefon 4828181



bei der Verfolgung eines Jugendlichen eindrang. Warum mußte sie die Mutter dieses Jugendlichen schlagen? Warum mußte sie den Fernseher, das einzige Wertstück im Haus, kaputt schießen?

JARPA: Haben Sie das gesehen, oder hat man es Ihnen erzählt?

SPIEGEL: Wir kamen kurz nach den Ereignissen, wir sahen die Verletzte, den Apparat mit den Einschüssen.

JARPA: Ach, man muß die Ereignisse selber sehen, es wird einem immer ganz anders erzählt. Wir haben alle Fälle untersucht. Absolut alle, weil sie uns das Solidaritätsvikariat der Kirche zuschickt. Wir haben Zeugen aufgerufen und die Gerichte gebeten, die Sachen zu untersu-



Fliehende Trauergäste*: „Die Mehrheit bleibt bei dieser Regierung“

glauben, daß es Unruhen gibt, weil die Polizei hingeht. Ich versichere ihnen, daß dem nicht so ist.

SPIEGEL: Es gibt eben gewisse Arten öffentlicher Demonstration, die notwendig werden, weil keine anderen politischen Ausdrucksformen möglich sind.

JARPA: Aber ich bitte Sie! Wir haben den Leuten gesagt, daß sie alle Demonstrationen machen sollen, die sie wollen. Aber sie müssen friedlich sein. Wir können nicht zulassen, daß alle Autos angehalten, die Fahrer beraubt und die Scheiben eingeschlagen werden, wie das in den vergangenen Nächten geschah. Wenn Sie dies zulassen, dann werden die Poblaciones zu Nestern des Banditentums. Es sind die Einwohner selber, die um Schutz bitten. Da geht die Polizei also hin, um jene, die Attentate anzetteln, festzunehmen. Dann tauchen andere auf und suchen die Verdächtigen mit Steinwürfen zu verteidigen. So entstehen die Zwischenfälle.

SPIEGEL: Die Polizei greift durchaus auch friedliche Umzüge an.

JARPA: Schauen Sie, ich sah letzte Woche einen Fernsehbericht aus Paris über eine politische Protestdemonstration wegen des von den Sowjets abgeschossenen südkoreanischen Flugzeugs. Haben Sie gesehen, wie die Polizei dort zugegriffen hat? Noch nie habe ich mit solcher Brutalität schlagen sehen. Doch ich mische mich nicht ein in das, was die Franzosen tun. Auch nicht in das, was die Deutschen tun. Aber alle Europäer mischen sich ein in das, was wir tun. Warum kümmern sie sich nicht um

das, was in ihren eigenen Ländern geschieht?

SPIEGEL: Unsere Polizisten schießen nicht in Demonstrationszüge, das ist der Unterschied.

JARPA: Die Sache ist eben, daß die Leute in Lateinamerika auch schießen. Hier sind die Menschen gewalttätiger.

SPIEGEL: Gewalt produziert immer Gegengewalt, die nicht auf ewig unterdrückt werden kann. Schon spricht man von einer „Mittelamerikanisierung“ Chiles. Ist der gestürzte Diktator Nicaraguas, Anastasio Somoza, keine Warnung für die hiesigen Machthaber?

JARPA: Wir haben nichts damit zu tun, was in anderen Ländern geschieht. Wir folgen keinen Modellen. Die sogenannten Freiheitsmodelle fingen im Westen mit der Französischen Revolution an, nicht wahr?

Die Freiheit fing damit an, daß alle Regierungsgegner zur Guillotine geführt wurden. Wir folgen dieser Art von Freiheit nicht.

SPIEGEL: Hat es denn irgendwelche Freiheit in Chile gegeben während der letzten zehn Jahre?

JARPA: Mehr als vorher! Sie konnten tun, was Sie wollten, sagen, was Sie wollten, und waren nicht dem Terror der Marxisten unterworfen.

SPIEGEL: Sie sprechen von Marxisten, aber es waren die chilenischen Streitkräfte, die mehr Leute ihres eigenen Volkes umgebracht haben als in irgendeinem Krieg.

JARPA: Das ist völlig falsch! Die Wahrheit ist, daß wir ein geopolitisches Ziel sind für den Sowjet-Imperialismus. Der wird es uns nie vergeben, daß wir uns befreit haben, da er uns schon ins sowjetische System eingegliedert sah. Die brauchen Chile als Stützpunkt im Südpazifik.

SPIEGEL: Überschätzen Sie da nicht den Wert dieses schönen Landes?

JARPA: Wie erklären Sie sich dann die hohen Ausgaben der Sowjet-Propa-



Polizeieinsatz in Santiago
„Wir verteidigen uns allein“

chen. Noch ist es ihnen nie gelungen, die Anklagen zu bestätigen.

SPIEGEL: Warum schossen die Carabineros Tränengasgranaten in die Trauergemeinde am Grab des von der Polizei erschossenen Busfahrers Miguel Zavala?

JARPA: Wissen Sie denn nicht, daß die Familie klagte, man habe ihr den Leichnam entwendet? Die Menge hatte um den Leichnam gebeten, um die Beerdigung zu einer Demonstration zu machen. Weil aber die Familie ihn nicht herausgeben wollte, hat sich die Menge bei der Trauerfeier des Leichnams bemächtigt. Die Familie bat die Carabineros darum, die Demonstranten zu entfernen, um die Feier fortführen zu können. Man muß die Sachen sehen, wie sie sind. Glauben Sie, daß ich daran Interesse habe, Unruhen zu provozieren und die Carabineros zum Tränengasschießen zu schicken? **

SPIEGEL: Es ist doch ganz klar ersichtlich, daß der Einsatz der Carabineros die Gewalt anheizt.

JARPA: Wo es keine Unruhen gibt, geht die Polizei nicht hin. Sie scheinen zu

* Polizeieinsatz bei der Beerdigung des von der Polizei erschossenen Busfahrers Miguel Zavala am 10. September in La Victoria.

** Der Priester von La Victoria (wo der Busfahrer Miguel Zavala wohnte), Pater Pierre Dubois, erklärte dem SPIEGEL, daß diese Erklärung Jarpas keineswegs zutrefte. Er sei gerade zusammen mit dem Erzbischof von Santiago, Monseñor Juan Francisco Fresno, bei Zavalas Familie gewesen. Von einer versuchten Entführung des Leichnams könne keine Rede sein.

ganda in aller Welt, um sich wieder in Chile einnisten zu können? Die Kommunisten haben alle demokratischen Linksparteien infiltriert.

SPIEGEL: Europa beweist, daß die Demokratie der beste Schutz vor dem Kommunismus ist.

JARPA: Demokratie, na klar, mit der Berliner Mauer und den US-Truppen im Lande. Sie können uns keine Lektionen erteilen. Wir haben die Nordamerikaner noch nicht darum gebeten, Truppen zu schicken. Wir verteidigen uns allein.

SPIEGEL: Sie verteidigen sich vielleicht allein, aber nach zehn Jahren ohne Demokratie müssen Sie sich auch gegen Ihr Volk verteidigen. Und Ihre Probleme mit dem Kommunismus haben Sie auch nicht gelöst.

JARPA: Und wie viele Jahre stehen die US-Truppen schon in Deutschland? Und Sie haben das sowjetische Problem immer noch nicht gelöst.

SPIEGEL: In Deutschland gibt es eine legale kommunistische Partei, die sich an Wahlen beteiligt und Abgeordnete in Kommunalparlamenten hat.

JARPA: Ich will keinem was vorschreiben. Aber uns Chilenen gefällt es nicht, daß man hierher kommt, um zu sagen, was wir tun sollen. Wir haben eine harte Erfahrung mit dem Marxismus gemacht und wollen sie nicht wiederholen.

SPIEGEL: In der Zeit des Marxisten Salvador Allende gab es keine systematische Repression wie nach dem Putsch.

JARPA: Das konnte jeden Tag passieren. Ich sage Ihnen nur, daß es hier 15 000 bewaffnete Ausländer gab, die in Kuba und anderen kommunistischen Ländern ausgebildet waren. Und darüber sagt niemand etwas. Das findet man absolut normal. Aber wenn wir die Marxisten unterdrücken, dann gibt es einen internationalen Skandal...

SPIEGEL: Der Skandal ist die brutale Unterdrückung der Demokratie. Und das in einem Land mit langer demokratischer Tradition...

JARPA: Die wollen wir doch gerade aufrechterhalten. Und um das zu erreichen, können wir keine Aktionen der Kommunisten zulassen.

SPIEGEL: Präsident Pinochet griff nach der Macht mit dem erklärten Ziel, das Land vor totalitärer Gefahr zu retten. Aber schließlich ist das Modell, das er schuf, demjenigen, das er angeblich verhindern wollte, sehr ähnlich geworden.

JARPA: Wie können Sie das gleichsetzen, wenn damals in allen Staatsorganen kubanische Kommissare saßen? Gewiß, wir können Fehler machen, und wenn Sie so wollen, machen wir auch welche. Aber wenigstens regeln wir das unter Chilenen, ohne Kontrolle irgendeines anderen Landes. Das ist der entscheidende Unterschied.

SPIEGEL: Herr Minister, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

Bis heute haben wir über eine Million Wünsche erfüllt.



Seit 1948 hat die BHW-Bausparkasse über eine Million Bauten finanziert. Das sind über eine Million Grundsteinlegungen, Richtfeste und Hauseinweihungen. Das sind über eine Million Träume von einem eigenen Zuhause, die erfüllt werden konnten.

Angesichts der wirtschaftlichen Probleme unserer Tage wird man allerdings manchmal aus seinen Träumen gerissen. Die Bau- und Bausparförderung des Bundes gibt zwar neue Hoffnung, aber so einfach wie nach 1948 ist es 1983 bestimmt nicht mehr.

Dennoch entschließt sich jeder zweite Bausparer, der im öffentlichen Dienst arbeitet, mit uns abzuschließen. Mit rund 2 Millionen Bausparern und einer durchschnittlichen Vertragssumme von DM 80.000,— gehören wir heute zu den größten Bausparkassen.

Das zeigt, was für eine starke Gemeinschaft wir sind. Wie immer die Zukunft aussehen wird: Wir machen uns keine Illusionen. Aber wir halten an realisierbaren Träumen fest.

BHW

Bausparkasse für
den öffentlichen Dienst.